

Wachstumsmotor Mittelstand. Politisches Grundsatzprogramm.

Positionen und Forderungen des BVMW
Bundesverband mittelständische Wirtschaft
Unternehmerverband Deutschlands e.V.

Gültigkeit: Wahlperiode 2013 bis 2017

INHALT

Vorwort	3
Die Werte des Unternehmers	4
Markt vor Staat	6
Interventionen und Subventionen zeitlich begrenzen	
Euro-Krise	7
Ein konsistentes Rettungspaket ist notwendig	
Finanzmarktreform	8
Mehr Stabilität und Transparenz im Finanzsektor	
Energiemarkt	9
So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig	
High-Tech-Offensive	10
Vorfahrt für Forschung	
Gerechteres Steuersystem	11
Entlastung und Vereinfachung	
Bürokratieabbau	12
Überregulierung beseitigen	
Gegen den Überwachungsstaat	13
Mittelstand braucht Freiheit	
Innovativ und flexibel	14
Anforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt	
Bildungsreform	15
Deutschlands wichtigsten Rohstoff nutzen	
Sozialstaat	16
Generationen- und Leistungsgerechtigkeit gewährleisten	
Prävention und Eigenverantwortung	17
Schlüssel zu einem modernen Gesundheitssystem	
Umwelt	18
Nachhaltig wirtschaften, natürliche Lebensgrundlagen schützen	
Außenwirtschaft	19
Chancen der Globalisierung nutzen	
Markt Europa	20
Vorfahrt für den Mittelstand	
Gründungsklima verbessern	21
Neue Kultur der Selbstständigkeit	
Standort sichern	22
Infrastruktur modernisieren	
Informations- und Kommunikationstechnologie	23
Herzstück statt Sicherheitslücke	

VORWORT

Der Mittelstand ist Rückgrat und Motor der deutschen Wirtschaft. Ihn bremst jedoch die ständig wachsende Steuer- und Abgabenlast, verstärkt durch eine alles überwuchernde Bürokratie. Damit sich die unternehmerischen Kräfte voll entfalten können und der Wachstumsmotor rund läuft, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft und Politik.

Mit seinem Politischen Grundsatzprogramm „Wachstumsmotor Mittelstand“ weist der BVMW den Weg. Er führt über eine tiefgreifende, echte Reform der Bereiche Arbeitsmarkt, Energie, Steuern, Sozialsysteme und Bildung. Dabei dienen die Forderungen, Vorschläge und Initiativen des BVMW als Weg- und Zielmarken für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Am Ende dieses Weges, der Kraft und Ausdauer erfordert, stehen mehr Wachstum und Beschäftigung.

Der unternehmerische Mittelstand kann und muss der Politik gerade im Wahljahr 2013 selbstbewusst gegenüberreten. Denn nicht Berufspolitiker und Beamte schaffen und sichern die Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern die 3,3 Millionen Klein- und Mittelbetriebe in unserem Land. Ihre Interessen vertritt der BVMW erfolgreich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Das ist Auszeichnung und Ansporn für die Zukunft zugleich.

Ihr



Mario Ohoven



Mario Ohoven ist Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW); er steht zugleich an der Spitze des europäischen Mittelstandsverbands (CEA-PME) in Brüssel.

DIE WERTE DES UNTERNEHMERS

Unternehmer sind Typen. Ganz unterschiedliche. Aber gibt es neben den persönlichen Eigenschaften gemeinsame Werte, die die Unternehmermentalität kennzeichnen? Ja. Es sind diese unternehmerischen Werte, nach denen die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer leben.

Eigenverantwortung

Mittelständische Unternehmer haften mit ihrem Kapital. Im Gegensatz zu anderen erwarten sie nicht, dass der Staat für Verluste aufkommt. Eigenverantwortung und die Verantwortung für andere gehen Hand in Hand. Der Unternehmer hat sich dazu entschieden, verantwortlich zu sein – für sich selbst und für seine Mitarbeiter.

Freiheit

Mittelständische Unternehmer lieben die Unabhängigkeit, Entscheidungen zu treffen. Das umfasst auch die Freiheit, sich niederzulassen, Mitarbeiter einzustellen und neue Produkte zu entwickeln. Auch die Freiheit zu scheitern gehört dazu. Unternehmer wissen, dass die Freiheit dort endet, wo Dritte Nachteile erleiden. Deshalb gehören Freiheitsliebe und soziales Engagement zusammen.

Offenheit

Seit jeher überwindet der Handel religiöse, kulturelle und politische Grenzen. Daher sind mittelständische Unternehmer offen für Andersdenkende. Bei internationalen Treffen zeigt sich immer wieder, dass die unternehmerischen Werte das verbindende Element zwischen den Unternehmern sind.

Vertrauen

Vertrauen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft. Der mittelständische Unternehmer agiert mit einer langfristigen Perspektive und weiß um den Stellenwert einer hohen Reputation. Vertrauen erleichtert das Geschäftsgebaren und verkürzt Prozesse. Deshalb sind Aufrichtigkeit, Fairness und Vertrauen nicht nur aus moralischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht wichtige Werte.

Nachhaltigkeit

Wer nachhaltig wirtschaftet, lebt vom Ertrag und nicht von der Substanz. Mittelständische Unternehmer streben aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Sicht eine nachhaltige Entwicklung ihres Unternehmens an. Für sie stehen nicht Quartalsergebnisse im Vordergrund, sondern der langfristige Aufbau und Erhalt ihrer Unternehmen. Diese konservative, werterhaltende Einstellung bedeutet auf gesellschaftlicher Ebene die Verbindung von Ökologie und Ökonomie.

Regionale Verwurzelung

Mittelständische Unternehmen sind häufig mit den Regionen, in denen sie unternehmerisch tätig sind, eng verbunden. Sie unterstützen auf vielfältige Weise regionale Aktivitäten und wissen, dass der Schutz der Umwelt vor der eigenen Haustür beginnt. Das Vertrauen der Mitarbeiter, Kunden und Zulieferer in ein Unternehmen wächst, je mehr es sich mit seinem Standort identifiziert.

Freude am Wettbewerb

Wettbewerb ist der Ansporn, mit besseren und innovativeren Produkten seine Kunden zu überzeugen. Der Unternehmer handelt aus Freude am Wettbewerb. Eine wichtige Voraussetzung für Wettbewerb sind faire Rahmenbedingungen – für Unternehmen und Bürger. Der Unternehmer tritt auch für Bildungsgerechtigkeit ein: Bildungschancen dürfen nicht vom sozialen Status abhängig sein.

Leistungsprinzip

Unternehmer erzeugen Produkte, schaffen Arbeitsplätze und sorgen für Wachstum. Davon profitieren die einzelnen Unternehmer und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit: Das muss honoriert werden. Wer mehr leistet, soll mehr verdienen. Dieser Grundsatz ist auch eine Motivation für künftige Generationen, unternehmerisch tätig zu werden und so unseren Wohlstand zu sichern.

Risikobereitschaft

Unternehmer sind bereit, Risiken für ihr Unternehmen und für sich selbst zu übernehmen. Der Vergleich mit Banken zeigt, warum aus der individuellen Risikobereitschaft im Mittelstand kein gesamtgesellschaftliches Risiko erwächst: Der Unternehmer begrenzt seine Risiken, da er eigenverantwortlich haftet, und im Fall des Misserfolgs werden die Verluste nicht auf den Steuerzahler abgewälzt.

Soziales Verhalten

Unternehmen sind ein Teil der Gesellschaft. Den Unternehmern ist daher der gesellschaftliche Zusammenhalt sehr wichtig. Arbeitsplätze zu schaffen, angemessene Löhne zu zahlen und die Mitarbeiter in ihrer Individualität ernst zu nehmen, ist Teil ihres mittelständischen Engagements. Viele Unternehmer eröffnen auch benachteiligten Menschen Aufstiegschancen, die ihnen sonst verwehrt sind.

Unternehmerischer Idealismus

Unternehmer besitzen Gestaltungswillen. Sie setzen Ideen in die Realität um. In diesem Sinne sind Unternehmer Idealisten. Gegenwind und Hürden wecken ihren Ehrgeiz. Unternehmer bleiben auf dem Boden der Realität, sie sind keine Phantasten. Durch diesen unternehmerischen Idealismus werden aus Existenzgründern Unternehmerpersönlichkeiten.

Diese Werte zeichnen Unternehmerpersönlichkeiten aus. Doch finden sie noch ihren Widerhall in der Politik? Die Antwort lautet Nein. Deswegen machen wir uns in Berlin, in Brüssel und in den Bundesländern für eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik stark. Eine Wirtschaftspolitik, die auf den Werten Eigenverantwortung, Leistungsgerechtigkeit, Nachhaltigkeit und individueller Freiheit basiert.

Diese Werte bilden das Fundament unseres Grundsatzprogramms.



Der deutsche Mittelstand steht im Wettbewerb mit Konkurrenten aus dem In- und Ausland. Dieser Wettbewerb ist die Triebfeder für Innovation und Fortschritt. Staatliche Eingriffe sind in diesem Prozess oft ein Störfaktor, der mehr schadet als nutzt. Was wir brauchen, ist eine kritische Betrachtung der Subventionsprogramme. Für jeden Euro aus der Staatskasse muss auch etwas Nachhaltiges geschaffen werden.

**Heidi Knauthe,
KNAUTHE Rechtsan-
wältin Partnerschaft**

MARKT VOR STAAT

Interventionen und Subventionen zeitlich begrenzen

Unternehmer richten sich nach den Wünschen der Kunden, das Engagement auf dem Weltmarkt erfordert Flexibilität und Eigenverantwortung. Für Unternehmer gilt Markt vor Staat, denn nur das sichert Wachstum und Innovation. Es muss vermieden werden, dass der Staat Aufgaben übernimmt, welche von privaten Unternehmen übernommen werden könnten.

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf den Kräften des Wettbewerbs. Subventionen, die dem Erhalt veralteter und nicht wettbewerbsfähiger Strukturen dienen, müssen beseitigt werden. Interventionen müssen regelmäßig überprüft werden, um neuen Marktkräften die Entfaltung zu ermöglichen. Staatliche Hilfen sind wettbewerbsverzerrend, wo sie nicht mehr konkurrenzfähige Produktionen mit hohem Kostenaufwand erhalten.

Staatliche Förderung muss immer eine Investition in die Zukunft darstellen.

Unsere Kernforderungen:

- Alle Staatsinterventionen sind zeitlich zu befristen. Langfristiges Ziel ist die Senkung der Staatsquote.
- Alle vorhandenen Subventionen sind jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren um zehn Prozent zu kürzen.
- Umschichtung der durch den Subventionsabbau eingesparten Mittel zugunsten von öffentlichen Investitionen in Bildung und Forschung.
- Anbieter mit mehrheitlich öffentlich-rechtlichen Anteilseignern dürfen nicht in Konkurrenz zum Mittelstand stehen.
- Veräußerung des Immobilienvermögens von Bund, Ländern und Kommunen, das nicht zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder zur Sicherung gesellschaftlicher Bedarfe benötigt wird.
- planmäßiger Abbau der Staatsverschuldung
- Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder benötigen stärkere Sanktionsrechte, auch gegenüber einzelnen Verantwortlichen.
- Trennung von Schiene und Betrieb bei der Deutschen Bahn, auch ohne Börsengang. Vermehrte Ausschreibungen von Teilstrecken, die auch für mittelständische Unternehmen bedienbar sind.
- Beendigung des Monopols der Berufsgenossenschaften durch Zulassung privater Anbieter bei den betrieblichen Unfallversicherungen.

EURO-KRISE

Ein konsistentes Rettungspaket ist notwendig

Bei der „Euro-Krise“ handelt es sich um eine Dreifachkrise, die aus einer zu hohen Staatsverschuldung, einer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit und einer nicht ausreichenden Kapitalisierung der Banken in den Problemländern resultiert. Die drei Probleme verstärken sich gegenseitig. Neben den ökonomischen Problemen führt die Euro-Krise zu einer Verringerung der gemeinsamen Integrationsanstrengungen. Das Verhältnis der europäischen Völker untereinander wird beeinträchtigt.

Es wird jede Strategie scheitern, die nicht alle drei Probleme gleichzeitig adressiert. Ein konsistentes Paket ist notwendig, das den grundlegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhängen genügend Beachtung schenkt. So kann es in einer Rezession nicht gelingen, den Schuldenstand im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt zu senken. Darauf hatte der BVMW schon im Jahr 2010 in Bezug auf das erste griechische Rettungspaket aufmerksam gemacht.

An den Prinzipien der demokratischen Legitimation, der Subsidiarität und der Transparenz muss unbedingt auch in Krisenzeiten festgehalten werden. Dies sind die grundlegenden europäischen Werte. Versuche, im Zuge der Krise Schritte zu einer europäischen Zentralregierung zu unternehmen, lehnen wir strikt ab.

Unsere Kernforderungen:

- Umschuldungen durchführen, wenn auf anderem Weg die Schuldentragfähigkeit eines Landes nicht wieder hergestellt werden kann
- konsequente Durchführung von Strukturreformen und Privatisierungen
- Banken über Ausgleichsforderungen rekapitalisieren. Das Instrument wurde nach den Währungsreformen 1948 und 1990 in Deutschland eingesetzt und könnte jetzt als „EZB-Abschreibungsbonds“ oder „ESM-Abschreibungsbonds“ Verwendung finden.
- Die EZB hat sich auf die Versorgung des Bankensystems mit Liquidität und die Preisstabilität zu konzentrieren.
- Existenzgründungen fördern, denn ohne die kleinen und mittleren Unternehmen kann kein Land die Krise lösen. Konkret empfehlen wir, das Instrument der Ich-AG, das in Deutschland zu den effizientesten arbeitsmarktpolitischen Programmen gehörte, europaweit einzusetzen.
- Einführung einer temporären Parallelwährung. Dadurch könnte die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produkte gesteigert werden, ohne dass ein Euro-Austritt oder eine Deflationspolitik nach derzeitigem Muster notwendig wäre.

Der BVMW hat zur Bewältigung der Euro-Krise internationale Experten zu einer gemeinsamen Konferenz nach Berlin eingeladen. Die Ergebnisse sind in dem Sammelband „Die Parallelwährung“ dokumentiert.

www.bvmw.de/parallelwaehrung



Die Mitgliedstaaten sollten das Recht erhalten, aus der Eurozone auszutreten. Der Euro könnte in den austretenden Staaten weiter als Parallelwährung umlaufen. Die überschuldeten Mitgliedstaaten sollten umschulden, anstatt sich zu Lasten der anderen Mitgliedstaaten über den ESM und die EZB zu finanzieren, was im Übrigen rechtswidrig ist.

**Prof. Dr. Roland Vaubel,
Professor für Volkswirtschaftslehre und
Politische Ökonomie
an der Universität
Mannheim**



Unternehmerisch tätig sein heißt, Risiken zu schultern und Verantwortung zu übernehmen. Ich trage diese Verantwortung nicht nur für mein Unternehmen, sondern vor allem für meine Mitarbeiter. Nichts anderes verlange ich von meiner Bank. Die Bundesregierung muss Rahmenbedingungen vorgeben, die einen stabilen Finanzsektor gewährleisten.

**Frank Längen,
Geschäftsführer
Arbeitsvermittlung
Längen**

FINANZMARKTREFORM

Mehr Stabilität und Transparenz im Finanzsektor

Die gesamtwirtschaftliche Aufgabe der Banken ist die Transformation von Ersparnissen in Kapital für Investitionen. Ein stabiler Finanzsektor ist daher für die Finanzierung von Wachstum unverzichtbar.

Können die Banken diese Aufgabe nicht oder nur noch unzureichend erfüllen, sind für den Mittelstand alternative Finanzierungswege zu öffnen. Um neuen Banken- und Finanzkrisen vorzubeugen, ist eine umfassende Transparenz auf den Finanzmärkten und unabhängige Aufsichtsbehörden notwendig. Ein wichtiger Schutz gegen neuerliche Fehlspekulationen mit negativen, gesamtwirtschaftlichen Folgen ist die nachhaltige Ausrichtung ausschließlich auf die Interessen von Anteilseignern und Kunden.

Unsere Kernforderungen:

- steuerliche Vorteile für Private bei der Kreditvergabe an, beziehungsweise bei der Kapitaleinlage in mittelständische Unternehmen
- im Falle einer umfassenden Kreditklemme, kurzfristige Anhebung der Retailgrenze und Senkung der Risikogewichte für Kredite an Klein- und Mittelbetriebe
- Verbot der Bilanzierung von Finanzmarkt-Innovationen und Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz
- Selbstbehalt bei dem Verkauf von gebündelten und verbrieften Kreditrisiken
- mehr Transparenz im Rating-Prozess und Offenlegung der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für den Kreditzins
- Bei Hilfen aus Steuermitteln für Banken ist sicherzustellen, dass der Staat im Gegenzug befristet Anteile der Banken erhält.
- Einführung einer europäischen Bankenaufsicht. Zur Vermeidung von Zielkonflikten ist eine stringente Trennung von Bankenaufsicht und Geldpolitik unerlässlich.
- Schaffung einer europäischen Ratingagentur
- Über die Höhe der einzelnen Vorstandsbezüge von Bankmanagern, inklusive Boni und Pensionsverpflichtungen, entscheidet in Zukunft die Hauptversammlung.
- gleiches Recht bei der Vergabe von Staatsbürgerschaften für Konzerne, Banken und Klein- und Mittelbetriebe
- schnelle Umsetzung der Banken-Testamente für systemrelevante Finanzinstitute und Restriktion des Eigenhandels
- Einführung einer Transaktionssteuer auf computergestützten Hochfrequenzhandel
- Deutschland muss sich für ein Trennbankensystem stark machen. Das Kreditgeschäft sollte unter keinen Umständen in die Risikohaftung des riskanten Investmentbanking einbezogen werden.

ENERGIEMARKT

So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig

Fossile Energieträger werden knapper und treiben dadurch die Energiepreise in die Höhe. Umso wichtiger ist es, neben der Steigerung der Energieeffizienz den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben und entsprechende politische Rahmenbedingungen zu setzen. Die Stromerzeugung sollte in Zukunft so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig ausgestaltet sein.

Der BVMW möchte die Energiewende zu einem Erfolg machen, nur so können wir unsere Wirtschaft zukunftsfähig aufstellen. Deshalb ist der Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix auszubauen und die Energieeffizienz zu erhöhen. Um den Netzausbau auf das nötige Maß zu begrenzen, muss die Energieversorgung dezentraler gestaltet werden. Dies stärkt auch den Mittelstand vor Ort, denn eine dezentrale verbrauchsnahe Erzeugung sichert die Akzeptanz, stärkt den Wettbewerb auf dem Energiemarkt und vermeidet hohe Übertragungsverluste. Zudem verbleibt bei dezentraler Erzeugung die Wertschöpfung in der Region. Der Mittelstand ist der Motor der Energiewende, denn es sind vor allem mittelständische Unternehmen, die für die Innovation im Energiebereich sorgen und vor Ort tagtäglich den Umbau unserer Energieversorgung durch ihre Produkte und Dienstleistungen vorantreiben.

Unsere Kernforderungen:

- Abschaffung der Stromsteuer für Energie aus erneuerbaren Quellen
- kurzfristig eine Neujustierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, insbesondere bezüglich der Ausnahmeregelungen
- langfristig eine Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren Energien durch Einführung eines Stetigkeitsanreizes
- verbrauchernahe Energieerzeugung stärken durch Förderung von Eigenverbrauch
- regionale Kooperation zur Finanzierung der Verteilnetze
- Bündelung der nationalen Energiekompetenz in einem Ministerium
- europäischer Pfad für einen nachhaltigen Energiemix unter Koordination der Europäischen Union
- Einführung einer Forschungsförderung für dezentrale Speicher, die einen hohen systemischen Nutzen aufweisen.
- Nachhaltiger Energiemix aus Erneuerbaren Energien, bei dem die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.
- In der langen Frist ein neues Netzregime, dessen Entgelte nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.
- intelligente Energienetze fördern und Anreize für eine bedarfsgerechte Produktion sowie Lastmanagement stärken

Das ausführliche Konzept zur Ausgestaltung des Energiemarktes finden Sie im Positionspapier „Energiewende“ des BVMW.

www.bvmw.de/energiewende



Die ganze Welt schaut gespannt auf die deutsche Energiewende. Damit diese, wie der deutsche Mittelstand, zu einem Symbol für deutsche Innovationskraft wird, bedarf es einer überlegten Ausgestaltung. Das vom BVMW ausgearbeitete Energiekonzept „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ verbindet Ökologie und Ökonomie und erfüllt damit meine Bedürfnisse als mittelständischer Unternehmer.

**Reinhard Schneider,
Vorsitzender der
Geschäftsführung
Werner & Mertz GmbH**



Als Mittelständler stehen wir im globalen Wettbewerb, unsere internationalen Kunden überzeugen wir durch innovative und intelligente Lösungen. Der Weg von einer guten Idee hin zum marktfähigen Produkt kann jedoch mitunter steinig sein. Die weltweite Konkurrenz schläft nicht. Von der Politik wünsche ich mir innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, von der Steuer- und Energiepolitik bis hin zur Absicherung von Urheberrechten. Gesellschaftspolitisch muss es ein klares Bekenntnis zum Leistungsprinzip und dem Erhalt der Facharbeiterakzeptanz geben. Von den Tarifpartnern wünsche ich mir, als Beitrag zur Standortsicherung, Vereinbarungen auf Augenhöhe.

Gerhard Lein,
Aufsichtsrat
BOA Group

HIGH-TECH-OFFENSIVE

Vorfahrt für Forschung

Mittelständische Unternehmen sind für die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend. Bei hohen Arbeitskosten ist Deutschland auf Innovationen angewiesen. Damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen weltmarktfähige Produkte entstehen können, müssen Staat und Politik Rahmenbedingungen setzen, die die notwendigen Freiräume für innovative Tätigkeiten und technologischen Fortschritt sichern.

Trotz der stagnierenden Wirtschaft in Teilen Europas konnte Deutschland auch in der Krise einen anhaltend hohen Export vorweisen. Dies ist vor allem den innovativen Produkten der „Hidden-Champions“ zu verdanken. Für den Maschinenbau ist der deutsche Mittelstand weltbekannt. In den Bereichen Elektrotechnik und IT wurden technologische Vorsprünge in der Vergangenheit leichtsinnig verspielt.

Für Deutschland ist es wichtig, dass aus Forschungsinnovationen wettbewerbsfähige Produkte werden. Barrieren zwischen Forschung und Wirtschaft müssen abgebaut werden. Notwendig ist eine Innovationspolitik, in der alle Elemente von Bildung, Forschung, Unternehmertum, rechtlichen Rahmenbedingungen und innovationsfreundlichem gesellschaftlichen Klima ineinander greifen. Langfristig sollte versucht werden, innovative Cluster nach dem Vorbild des Maschinenbaus entstehen zu lassen.

Unsere Kernforderungen:

- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für mittelständische Unternehmen
- Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen mittelständischer Unternehmen, untereinander und mit Forschungs- und Bildungsinstitutionen. Das verbessert den Wissens- und Technologietransfer.
- Stärkere Gleichbehandlung öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen. Dabei muss die Transparenz und Unabhängigkeit der Finanzierung der Forschungseinrichtungen berücksichtigt werden.
- stärkere Einbindung von mittelständischen Unternehmen in Spitzenforschung über die Fachprogramme der Forschungsförderung
- Im Interesse einer schnelleren Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen müssen Zulassungsverfahren beschleunigt werden.
- Einführung eines europaweit wirkenden EU-Patentes
- Maßnahmen der Bundesregierung zur internationalen Durchsetzung des Patentrechts
- Kostenreduktion und Unterstützung bei Patentanmeldungen
- Bündelung von Förderprogrammen von verschiedenen Einrichtungen und Institutionen zu einer Informations- und Beratungsstelle (One Stop Agency) für Innovationsförderprogramme
- Vereinfachung und Beschleunigung von Förderanträgen, langfristig Übergang vom Antrags- zum Anspruchsverfahren

GERECHTERES STEUERSYSTEM

Entlastung und Vereinfachung

Die steuerliche Belastung für Betriebe und Bürger nimmt tendenziell weiter zu. An unserem komplizierten Steuerrecht scheitern selbst Fachleute. Steuervereinfachungen und Steuerentlastungen sind daher dringend geboten.

Das Versprechen der schwarz-gelben Regierungskoalition, die Bürger um 35 Milliarden zu entlasten, blieb weitgehend unerfüllt. Die kalte Progression sorgt für eine schleichende Steuererhöhung. Eine Reform der Gewerbesteuer steht noch aus. Dafür werden neue Belastungen bei der Erbschaftsteuer und eine Vermögensteuer diskutiert. Wir lehnen diese ab, da jede Vermögensteuer eine Besteuerung der Substanz darstellt.

Unsere Kernforderungen:

- keine Wiedereinführung von Substanzsteuern (Vermögensteuer)
- Steuerfreistellung für reinvestierte Gewinne von Unternehmen.
Dies stärkt die Eigenkapitalbildung und setzt einen steuerlichen Anreiz zur Kapitalbildung in Unternehmen.
- Beseitigung der kalten Progression und Anhebung des Freibetrages
- Abschaffung ertragsunabhängiger Bestandteile (Zinsen, Leasingraten etc.) bei der Gewerbesteuer
- Erhöhung der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer
- unbefristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens
- Belastungs- und Rechtsformneutralität bei der Unternehmensbesteuerung
- vollkommene Freistellung mittelständischer Betriebe von der Erbschaftsteuer bei der Unternehmensnachfolge
- schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis zum Ende der Legislaturperiode 2013-2017
- Vereinfachung und Reform der Mehrwertsteuer



Die Steuerpolitik ist eine der wichtigsten Stellschrauben, die der Regierung zur Verfügung stehen. Von den steuerfinanzierten Leistungen des Staates sollten wir letztlich alle profitieren können – leider ist das nicht immer der Fall. Statt immer neue Regelungen in die Steuergesetze aufzunehmen, ist es an der Zeit, die Steuergesetze endlich wesentlich zu verkürzen. Zum Beispiel durch die komplette Abschaffung einzelner Steuern. Wenn mehr Zeit für die Steuererklärung als für die eigentliche produktive Geschäftstätigkeit aufgewendet werden muss, so tut ein Paradigmenwechsel dringend Not.

**Ullrich Hänchen,
Vizepräsident des
IBWF, Partner Wage-
mann + Partner GbR**



Die Last von Bürokratie und Überregulierung wiegt schwer auf den Schultern des Mittelstands. Als Unternehmer sehe ich mich tagtäglich solchen unnötigen Belastungen ausgesetzt. Das kostet nicht nur Zeit und Geld, sondern hemmt auch die Investitionsbereitschaft.

**Ferdinand Munk,
Geschäftsführer der
Günzburger Steig-
technik GmbH**

BÜROKRATIEABBAU

Überregulierung beseitigen

Staatliche Überregulierung und Bürokratie müssen schnell und dauerhaft abgebaut werden. Im Saldo wurde bisher mehr statt weniger Belastung erreicht. Die Bundesregierung muss dem Bürokratieabbau durch ein stringentes Gesamtkonzept und einen Zeitplan neue Impulse geben. Die Einflussnahme auf die EU-Kommission ist im Sinne einer weitergehenden Entlastung des Mittelstands zu verstärken.

Unvollständig erfasste Bürokratielasten und zu wenig konkret konzipierte Abbauvorschläge haben dazu geführt, dass die geplante Senkung der Bürokratiekosten klar verfehlt wurde. Die Abbaueffekte der Mittelstandsentlastungsgesetze reichen nicht aus, da durch den Aufbau neuer Bürokratie an anderer Stelle neue Kosten entstanden sind.

Die von der EU-Kommission verursachten Bürokratielasten steigen von Jahr zu Jahr. Ein Großteil der Bundesgesetzgebung ist mittlerweile eine Folge europäischer Vorschriften. Die Regulierungswut engt den Handlungsspielraum für die mittelständische Wirtschaft ein.

Unsere Kernforderungen:

- jährlicher Bürokratiebilanzbericht der Bundesregierung
- Überprüfung aller bestehenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse im Zuge einer Deregulierungsoffensive
- Prüfung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit aller neuen Gesetze und Verordnungen nach drei Jahren
- Beschränkung der EU-Verordnungen auf ein sinnvolles Maß (Unterstützung der Stoiber-Kommission)
- Clearingstelle im Gesetzgebungsverfahren, um eine Mittelstandsverträglichkeit sicherzustellen
- Freistellung mittelständischer Unternehmen, mindestens bis zu 20 Beschäftigten, von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden Vorschriften des Arbeitsrechts
- Reformierung des Antidiskriminierungsgesetzes (Mentalitätswandel statt überbordender Bürokratie)
- Verzicht auf Einführung einer gesetzlichen Geschlechterquote für Führungsgremien privater Unternehmen

GEGEN DEN ÜBERWACHUNGSSTAAT

Mittelstand braucht Freiheit

Wir leben in einer freiheitlichen Demokratie. Dennoch gibt es spürbare Tendenzen zu einer schleichenden Entwicklung zum Überwachungs- und Bevormundungsstaat. Zweifellos erfordert die innere Sicherheit, erfordern Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr auch den Einsatz moderner Technologien. Aber eine flächendeckende Vorratsdatenspeicherung und eine lückenlose Videoüberwachung auf belebten Straßen und Plätzen würden die Freiheit des Bürgers einschränken und dem Datenmissbrauch Tür und Tor öffnen.

Natürlich muss Steuerhinterziehung bekämpft und geahndet werden. Aber der Ankauf von kriminell beschafften CDs durch staatliche Behörden ist rechtsstaatlich fragwürdig. Ebenso die Verletzung des Steuergeheimnisses, wenn vor allem Prominente vor Abschluss des rechtsstaatlichen Verfahrens öffentlich an den Pranger gestellt werden. Eine Fülle von Vorschriften und Kontrollen schränken den Freiraum von Bürgern immer mehr ein. Polizeiliche Ermittlungen, aus welchem Grund auch immer, eröffnen die Möglichkeit zur Überwachung von Bankkonten. Telefonüberwachungen werden in großer Zahl praktiziert und sind de facto fast unbeschränkt möglich. Hier geht vermeintliche Sicherheit auf Kosten der Freiheit. Gerade der Mittelstand aber braucht Freiraum und Entfaltungsmöglichkeit. Eine unverzichtbare Rahmenbedingung ist die strikte Einhaltung der Prinzipien des Rechtsstaats, die Kalkulierbarkeit gewährleisten und in denen der Grundsatz gilt: „Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt.“

Unsere Kernforderungen:

- Vorratsdatenspeicherung und Ausspähung von Telefon und Internet nur bei konkretem Verdacht auf schwere Straftaten
- Videoüberwachung nur bei konkreter Gefährdungslage und zur Aufklärung schwerer Straftaten
- Verzicht auf den Ankauf illegal erworbener Steuer-CDs, stattdessen verstärkte internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- Ahndung von „Durchstechereien“, die Menschen, deren Schuld nicht erwiesen ist, öffentlich an den Pranger stellen
- strikte Wahrung des Steuergeheimnisses
- Verzicht auf Vorschriften, die den Bürger zu einem erwünschten Verhalten zu „erziehen“ versuchen



Freiheit und Unternehmertum gehören zusammen. Datensammelwut beeinträchtigt die Freiheit; Datenkonzentration und Datenabgriff laden zu Missbrauch ein. Vor allem die mittelständischen Unternehmen müssen wirksam vor Missbrauch zu Zwecken der Industriespionage geschützt werden. Hier hat der Staat einer seiner wichtigsten modernen Schutzaufgaben.

**Dr. Hans-Michael Pott,
Vorstand des BMW,
Sernetz Schäfer
Rechtsanwälte**



Der moderne Arbeitsmarkt stellt neue Anforderungen sowohl an Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Ein Spezifikum der mittelständischen und vor allem der kleineren Unternehmen liegt darin, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Sicherheit der Arbeitsverhältnisse und der Sicherheit des gesamten Unternehmens gibt. Ebenso gibt es eine Wechselwirkung zwischen Flexibilität und Sicherheit auf Seiten der Unternehmen, aber auch auf Seiten der Beschäftigten, gerade wenn es um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie geht. Besonders am Herzen liegt mir herauszustellen, dass kleinere Unternehmen attraktive Arbeitgeber sind, die sehr viel Engagement und Ressourcen aufbringen, um ihren Arbeits- und Nachwuchskräften gute und perspektivreiche Arbeitsplätze zu bieten.

**Dr. Thomas Hartmann,
Geschäftsführer der
tamen. GmbH**

INNOVATIV UND FLEXIBEL

Anforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung ist in Deutschland auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dieser Erfolg ist das Produkt struktureller Reformen und Anstrengungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Im Kampf gegen den sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel braucht es gezielte Zuwanderung. Deutschland kann im Wettbewerb der Standorte nur durch eine breit angelegte Willkommenskultur punkten.

Zurzeit gehört Deutschland zu den zehn wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Allerdings sehen internationale Vergleiche großen Nachholbedarf, sowohl in der Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, als auch in der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Fachkräfte. Gerade die zu starre Lohnfestsetzung und der lähmende Kündigungsschutz stellen langfristige Risiken dar. Eine flexiblere Arbeitsorganisation ist zwar eine Herausforderung für die Unternehmen, aber notwendig für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. Dabei sind die Flexibilität der Arbeit sowie die Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse nicht als Gegensätze zu verstehen, sondern sie bedingen sich gegenseitig.

Unsere Kernforderungen:

- Der BVMW empfiehlt die Wiedereinführung der Checkliste (§ 7 Abs. 4 SGB IV) zum klaren Ausschluss der Scheinselbstständigkeit.
- Verstärkter Einsatz von Arbeitgeberzusammenschlüssen. Der Gesetzgeber muss eine explizite Rechtsgrundlage für eine Anwendung in Deutschland schaffen.
- Ausbau von Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken
- Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen mit Langzeitkonten
- Bruttolohnauszahlung; die Unternehmen sollen nicht als „Inkassostelle“ für die Sozialversicherung dienen.
- Aussetzung des Kündigungsverbot (§ 613a Abs. 4 BGB) bei Betriebsübergang im Insolvenzfall. Die geltende Vorschrift erschwert Sanierungen und gefährdet den Erhalt von Arbeitsplätzen.
- Ein unbürokratisches Verfahren zur Gewährung des Kurzarbeitergeldes und eine generelle Verlängerung der Leistung können krisendämpfend und stabilisierend auf die Beschäftigungssituation in Deutschland wirken.
- ernst gemeinte Willkommenskultur: Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, breites Angebot an Sprach- und Fortbildungskursen
- Betriebsautonomie vor Tarifautonomie: Möglichkeit zur Bildung eines Betriebsrats erst ab 20 Mitarbeitern, gesetzliche Freistellung von Betriebsratsmitgliedern erst ab 300 Mitarbeitern
- Ausweitung der Kleinbetriebsklausel auf Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern
- Aufhebung des Günstigkeitsprinzips bei Tarifverträgen. Die bestehende Regelung verhindert individuelle und flexible Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene.

Die Broschüre „Fachkräfte für den Mittelstand“ zeigt Beispiele aus mittelständischen Unternehmen, wie dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

www.bvmw.de/fachkraefte

BILDUNGSREFORM

Deutschlands wichtigsten Rohstoff nutzen

Deutschlands Bildungssystem muss für zukünftige Herausforderungen fit gemacht werden. Nur durch eine verbesserte Bildung lässt sich dem zunehmenden Fachkräftemangel auf Dauer entgegenwirken. Die Bildungspolitik muss sich dieses Problems annehmen. Für den Mittelstand ist qualitätsorientierte Bildungspolitik gleichzeitig Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik.

Der deutsche Nachwuchs wird immer noch unzureichend auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet. Es bedarf einer bundeseinheitlichen Qualitätssicherung für Schulen und Hochschulen, das heißt Schaffung nationaler Mindeststandards, die für alle Bundesländer verbindlich sind. Die vom BVMW geforderte Straffung der Regelstudienzeit und Neustrukturierung des Studiums zeigt Erfolge. Die Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge an den Hochschulen hat zu einer stärkeren Praxisnähe der akademischen Ausbildung geführt.

Der BVMW setzt sich für eine Übertragung des erfolgreichen Modularisierungskonzepts auf die duale Berufsausbildung ein. Der Mittelstand stellt heute 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung, und das deutsche Ausbildungssystem ist international angesehen. Allerdings muss das in den 1950er Jahren entwickelte duale System an die aktuellen Herausforderungen angepasst und akademisch verzahnt werden.

Unsere Kernforderungen:

- Modularisierung der dualen Berufsausbildung. Zeitgemäße Inhalte und Lehrmethoden in Verbindung mit der Durchlässigkeit zur Weiterbildung und zur Hochschule erhöhen die Attraktivität und bieten Auszubildenden interessante Entwicklungsmöglichkeiten.
- Für Berufe und Studiengänge in den MINT-Fächern soll schon in der Schule geworben werden.
- Das Schulfach „Wirtschaft“ soll als Schulfach flächendeckend eingeführt werden, um das unternehmerische Denken zu fördern.
- Die gesellschaftliche Anerkennung für handwerkliche Berufe muss gesteigert werden.
- Einführung von Lehrerpraktika als wirtschaftsnahe Fortbildung
- Einführung bundeseinheitlicher Abiturprüfungen in den Kernfächern
- Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen sind steuerlich zu fördern.
- Eine kontinuierliche berufliche Weiterbildung als Angebot und Verpflichtung ist notwendig.
- Qualifizierter Ganztagsunterricht muss gefördert werden, um Chancengleichheit zu ermöglichen.
- Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus dem Hochschulbereich in den Mittelstand muss gefördert werden.
- Für Arbeitssuchende ist die Möglichkeit einer einjährigen Zusatzausbildung zum Erwerb einer zusätzlichen Berufsqualifikation zu schaffen.
- Eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik muss auch Menschen ohne Abitur den Hochschulzugang ermöglichen. Universitäten und Fachhochschulen sollten in Eignungsverfahren autonom über den Zugang zur Institution entscheiden und damit Entscheidungsspielräume gewinnen.



Als ausbildender Betrieb sehe ich tagtäglich, dass unser Ausbildungssystem nicht immer Schritt halten kann mit der rasanten technischen Entwicklung. Lehrlinge und Berufseinsteiger müssen heutzutage auf vielen Gebieten fit sein. Was ich mir als Unternehmerin wünsche, ist eine Modularisierung der dualen Ausbildung.

**Gelia Lerche,
Geschäftsführerin LESA
Maschinen GmbH**



Als Mittelständler sind wir unmittelbar vom demografischen Wandel betroffen. Dieser macht es unverzichtbar, dass nun alle an einem Strang ziehen – zur Sicherung des Standorts Deutschland auf lange Sicht. Daher wünsche ich mir als Unternehmer eine wirtschaftsfreundlichere Ausgestaltung des Sozialsystems, in der nicht heute auf Kosten der nächsten Generationen konsumiert wird.

**Dr. Lothar Becker,
Inhaber Atrium Hotel
Mainz**

SOZIALSTAAT

Generationen- und Leistungsgerechtigkeit gewährleisten

Die Finanzierung unserer Sozialsysteme muss reformiert werden. Mehr Eigenverantwortung ist notwendig, um Versorgungslücken zu schließen.

Der demografische Wandel stellt das deutsche Sozialsystem vor eine große Herausforderung. Der steigenden Lebenserwartung stehen sinkende Geburtenraten gegenüber. Logische Folge ist der Ruf nach höheren Beitragssätzen, die wiederum treiben Lohnzusatzkosten in die Höhe – damit sinkt die Beschäftigung, also auch die Zahl der Beitragszahler. Ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Eigenverantwortung ist angebracht. Daher muss die private Vorsorge weiter gefördert werden. Zudem ist eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und eine Anpassung des Leistungskataloges der Renten- und Krankenversicherungen nötig. Diese Maßnahmen müssen flankiert werden von Angeboten wie der Altersteilzeit, um das Arbeiten im höheren Alter attraktiv und sozial verträglich zu machen.

Der BVMW setzt sich für eine Erhöhung der steuerfreien Kapitalertragsgrenze ein. Die private Säule der Altersvorsorge wird in Zeiten demografischen Wandels an Bedeutung gewinnen und sollte unbedingt gestärkt werden.

Unsere Kernforderungen:

- Zahlungstermine der Sozialversicherungsbeiträge bis zum 15. des Folgemonats
- Ausnahme versicherungsfremder Leistungen aus den Sozialversicherungen (wie Frühverrentung oder Vereinigungslasten)
- Die staatliche Sozialversicherung muss durch private Vorsorge unterstützt werden.
- Einführung von zwei Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Förderung attraktiver Arbeitsmodelle für ältere Arbeitnehmer
- laufende Berücksichtigung zukünftiger Pensionslasten in den staatlichen Haushalten
- keine Verschiebung von Lasten auf zukünftige Generationen (so geschehen in der Atom-, Banken- und Rentenpolitik)
- Wahlfreiheit zwischen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen

PRÄVENTION UND EIGENVERANTWORTUNG

Schlüssel zu einem modernen Gesundheitssystem

Deutschland altert. Dies ist nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im Gesundheitssystem spürbar. Wir benötigen ein Umdenken: Weg von der reinen Versorgung von Kranken, hin zur aktiven Förderung der Gesundheit.

Der Mittelstand ist auf jeden Mitarbeiter angewiesen. Für viele Unternehmer wirken sich krankheitsbedingte Ausfälle von Mitarbeitern unmittelbar auf die Leistungsfähigkeit des ganzen Unternehmens aus. Eine Reduktion der Fehlzeiten durch Prävention am Arbeitsplatz ist daher das Zukunftsmodell für die mittelständische Wirtschaft in Deutschland.

Prävention wirkt sich nicht nur auf Unternehmen positiv aus. Eine gesündere Bevölkerung lebt länger und aktiver. Das ist im Sinne der Generationengerechtigkeit ein für alle erstrebenswertes Ziel.

Unsere Kernforderungen:

- mehr Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch Rückkehr zur Beitragssatzautonomie
- Straffung des Leistungskatalogs der GKV
- Auszahlung des Arbeitgeberanteils am Beitrag zur GKV mit dem Gehalt für private Vorsorge
- Förderung der Präventionsmedizin und ganzheitlicher Behandlungsmethoden
- Transparenz über die Qualität von Leistungserbringern und Krankenkassen
- Senkung der Bürokratiekosten auf ein notwendiges Maß



Das unsägliche Beseitigen der Symptome einer Erkrankung ist out. Wir suchen gemeinsam mit dem betroffenen Mitarbeiter die Ursache der Erkrankung, sanieren sie und stellen ein individuelles präventives Programm auf, um Gesundheit und Lebensqualität bis ins hohe Alter zu erhalten. Dies hat einen doppelten Effekt: Mitarbeiter führen ein glücklicheres, gesünderes Leben. Unternehmer vermeiden den mit hohen Kosten verbundenen Ausfall ihrer Arbeitskräfte. Politik und Krankenkassen sind gefragt, denn durch eine gezielte Präventionspolitik können langfristig Milliarden gespart werden.

**Senator h. c.
Dr. med. Hans-Joachim
Petersohn,
SALUTOMED Center
Düsseldorf**



Als Unternehmer bin ich mir sicher: Investitionen in die Umwelt rentieren sich langfristig. Viele mittelständische Betriebe sind in dem Bereich bereits vorbildlich. Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz erwarte ich von der Bundesregierung jedoch mehr Spielraum. Der Mittelstand kann große Beiträge zum Umweltschutz leisten. Dafür brauchen wir jedoch Planbarkeit und keine Eingriffe in den Werterhalt unserer Unternehmen über die Erbschaftssteuer.

**Rainer Alzinger,
Geschäftsführer
Envi Con & Plant
Engineering GmbH**

UMWELT

Nachhaltig wirtschaften, natürliche Lebensgrundlagen schützen

Klimawandel und Ressourcenverknappung sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Der Mittelstand treibt Nachhaltigkeit voran, denn eine zukunftsfähige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist nicht möglich. Der Mittelstand steht zu seiner gesellschaftlichen Verantwortung und will die Grundlagen für zukünftige Generationen schützen. Es bedarf politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, die nachhaltiges Wirtschaftshandeln befördern.

Es hat sich gezeigt, dass Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg kein Widerspruch sind. Im Gegenteil: der Mittelstand kann durch Umweltschutzmaßnahmen seine Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöhen. Dies muss so weit wie möglich mit marktkompatiblen Steuerungsinstrumenten erreicht werden, die dem nachhaltigen Mittelstand neue Entwicklungsspielräume öffnen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk darauf, den Mittelstand nicht durch ausufernde Bürokratie zu belasten. Verständliche und transparent anwendbare Regelungen liegen auch im Interesse von Unternehmen und Umwelt. Recycling ermöglicht es uns, kostbare und seltene Rohstoffe wiederzugewinnen. Hier tragen vor allem auch mittelständische Unternehmen dazu bei, unsere Lebensgrundlage zu schützen und wirtschaftlichen Erfolg nachhaltig zu sichern.

Unsere Kernforderungen:

- keine quantitativen Vorgaben bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie
- Energie- und Ressourceneffizienz steigern durch attraktive und auf den Mittelstand zugeschnittene Umweltmanagementsysteme, optimierte Energiemanagementsysteme und qualitätssichernde Zertifizierungsverfahren für Energie- und Ressourcenberater
- EU-Emissionshandelssystem sollte stärkere Anreize zur Vermeidung von CO₂ setzen, um Klimaschutzinnovationen und -investitionen zu fördern.
- Beendigung der mittelstandsfeindlichen Ausschreibungspraxis der Kommunen mit Exklusivverträgen von bis zu 30 Jahren für wenige Großunternehmen, etwa bei Abfallentsorgung und Recycling
- Steuerbefreiung für Nachhaltigkeitsdienstleister und innovative Umweltexistenzgründer in einer dreijährigen Startphase
- Vorrang privater vor öffentlicher Leistungserbringung in kommunalen Umwelt-Ausschreibungen, staatlichen Umweltprogrammen und -projekten bei vergleichbaren Angeboten
- Anreize schaffen für freiwillige Anstrengungen im betrieblichen Umweltschutz, zum Beispiel durch Gütezeichen „ECOMade in Germany“
- Ausrichtung der staatlichen Förderpolitik auf Energie- und Ressourceneffizienz

Anhand von konkreten Beispielen zeigt die Broschüre „Erfolgsfaktor Energieeffizienz“, wie Mittelständler zusätzliche Einsparpotenziale erschließen können.

www.bvmw.de/energieeffizienz

AUSSENWIRTSCHAFT

Chancen der Globalisierung nutzen

Die Globalisierung und die damit verbundene Verschärfung des weltweiten Wettbewerbs erfordern eine effektivere Unterstützung und verstärkte politische Flankierung der internationalen Aktivitäten mittelständischer Unternehmen. Die Bundesregierung muss offensiv für einen freien Welthandel durch die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) und für Maßnahmen gegen Protektionismus sowie Produktpiraterie eintreten. Entscheidend sind hierbei weltweit einheitliche Spielregeln für einen fairen Wettbewerb.

Während der Euro-Schuldenkrise konnte Deutschland bislang als stabilisierender Anker Europas für Vertrauen sorgen. Die krisenfeste und starke deutsche Wirtschaft basiert zu einem großen Teil auf dem exportorientierten Mittelstand. Schon heute macht jeder dritte deutsche Mittelständler Auslandsgeschäfte, auch beläuft sich der Exportanteil am Gesamtumsatz dieser Unternehmen inzwischen auf rund ein Drittel.

Der Löwenanteil des globalen Wirtschaftswachstums wird in den nächsten Jahren außerhalb der EU geschaffen werden. Langfristig ist ein weiterer Anstieg des Exportgeschäfts somit nur über die Erschließung außereuropäischer Märkte möglich. Durch eine stärkere Diversifikation werden die Klein- und Mittelbetriebe zudem unabhängiger von regionalen Konjunkturerinbrüchen und somit krisenfester.

Unsere Kernforderungen:

- Stärkung der WTO, Abbau von Handelshemmnissen, Überwindung von Protektionismus
- Konzentration der Fördermittel für Auslandsaktivitäten auf weniger Institutionen: das spart Geld, erhöht die Wirksamkeit und schafft Transparenz.
- verstärkte Förderung von KMU durch Beratung, Betreuung, Messebeteiligung sowie Hilfe bei der Präsentation ihrer Produkte und Dienstleistungen im Ausland in der jeweiligen Landessprache
- Kooperation bei der Vergabe von projektbezogenen föderalen Fördermitteln über die Grenzen der Bundesländer hinaus
- wirkungsvolle Koordinierung der Institutionen im Inland sowie Bündelung und Vernetzung der Kräfte im Ausland für die Außenwirtschaftsförderung
- Entwicklungshilfe-Kredite (der DEG oder KfW) für Aktivitäten des Mittelstandes in Schwellenländern orientieren sich in der Regel an banküblichen Sicherungen, die in diesen Ländern nicht realisierbar sind. Ein Equity-Fonds im Risiko-Sektor für Investitionen von KMU in Schwellenländern kann die Finanzierungslücke schließen.
- Der Mittelstand sollte stärker in die Aktivitäten der GIZ im Entwicklungshilfesektor eingebunden werden, denn bisher profitieren mittelständische Unternehmen davon nur unzureichend.



Seit 40 Jahren helfen wir dem Mittelstand bei der Erschließung ausländischer Märkte. Dabei stoßen wir auch immer auf Handelshindernisse, die nur schwer zu bewältigen sind. Diese gilt es sukzessive abzubauen, um allen Unternehmen die gleichen Chancen am Markt zu gewährleisten. Protektionismus und Produktpiraterie sind heute die größten Feinde der Globalisierung.

**Prof. Peter Anterist,
CEO der Inter-
Gest-Gruppe**



Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Damit es auch in Zukunft dabei bleibt, müssen wir den Europäischen Binnenmarkt gezielt stärken. Eine konsequente Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland gehört ebenso dazu, wie eine vereinfachte Anerkennung von EU-Schulabschlüssen. Die gut ausgebildeten jungen Menschen in Europa sind die wertvollste Ressource, die wir haben. Es liegt an der Politik und uns Unternehmern, diese Ressource zu nutzen.

**Jan Rybski,
Geschäftsführer Work
Top Services Sp. z o.o.**

MARKT EUROPA

Vorfahrt für den Mittelstand

Die Europäische Union muss den Mittelstand weiterhin fördern. Mit dem „Small Business Act“ ist ein erster Schritt dazu getan. Es gilt, Bürokratie- und Finanzlasten zu reduzieren, Hürden für den Binnenmarkt abzubauen und Chancengleichheit zwischen Konzernen und mittelständischen Unternehmen zu gewährleisten. Dabei ist eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den politischen Ebenen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips durchzusetzen.

Unsere Kernforderungen:

- Abbau der weiterhin bestehenden Hemmnisse im Binnenmarkt, insbesondere im Bereich der Dienstleistungsfreiheit und der Arbeitnehmerfreizügigkeit
- zügige rechtliche Implementierung des Entrepreneurship 2020 Action Plans der EU-Kommission
- Vorrangstellung der rund 21 Millionen mittelständischen Betriebe in der EU-Gesetzgebung, denn sie bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft.
- Überarbeitung der EU-Definition für kleine und mittlere Betriebe; die starren Grenzwerte in Bezug auf Angestellte und Umsatz entsprechen nicht der Realität und benachteiligen in hohem Maße den deutschen Mittelstand.
- forcierte Umsetzung des „Small Business Act“ auf europäischer und nationaler Ebene
- Neuordnung des EU-Haushalts: Stärkung der Investitionen für Forschung und Innovation, Verringerung der Subventionen im Agrarbereich
- Verstärkte Unterstützung des Mittelstands durch die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Investitionsfonds
- weiterer Ausbau der europäischen Förderprogramme zugunsten innovativer mittelständischer Betriebe

GRÜNDUNGSKLIMA VERBESSERN

Neue Kultur der Selbstständigkeit

Deutschland braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen schaffen. Damit das zarte Pflänzchen Gründungsklima wächst und gedeiht, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Selbstständigkeit bedeutet, Eigenverantwortung zu übernehmen, Risiken zu schultern und flexibel zu sein. Gründungskultur heißt, dass auch junge Menschen für diesen Weg motiviert werden. Dabei rangiert Deutschland im OECD-Vergleich der Selbstständigenquoten nur im unteren Mittelfeld. Aufgrund des demografischen Wandels wird in den kommenden Jahren die Zahl der Gründungen weiter zurückgehen, wodurch sich die Nachfolgeproblematik der Betriebe verschärft. Damit mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, muss die Gründungskultur gestärkt werden. Dies bedeutet die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln, die Vermittlung unternehmerischen Denkens an Schulen, Vereinfachung von Förderprogrammen sowie die Besserstellung von Gründern in den Sozialversicherungen. Innovative Ideen müssen belohnt werden, und dort wo Risiken unvermeidlich sind, muss es auch immer eine zweite Chance geben.

Damit Deutschland auch in Zukunft der Stabilitätsanker Europas bleiben kann, muss die Politik kreative und innovative Ideen verstärkt fördern. Denn ohne lebendige Gründungskultur droht Stagnation.

Unsere Kernforderungen:

- Gründungskultur als Teil der Ausbildung in Schulen und Hochschulen
- Reduzierung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- Einrichten einer einzigen Anlaufstelle für Unternehmensgründer (One Stop Agency) auf kommunaler Ebene
- generelle Steuerbefreiung und Freistellung von GEZ-Gebühren für Existenzgründungen in den ersten drei Jahren
- Freistellung von IHK-Beiträgen in den ersten drei Jahren
- Ausbau der Eigenkapitalhilfe für Existenzgründer
- größere Transparenz und Zielorientierung in der Gründungsförderung sowie Chancengleichheit von Frauen und Männern bei Existenzgründungen
- Unternehmensgründungen durch Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und Leistungen außerhalb der Pflichten zur Daseinsvorsorge
- Förderung durch Business Angels (Unterstützung durch Beratung und Zugang zu breitem Netzwerk)
- persönliche Ansprechpartner in den Finanzämtern
- rückforderbarer Gründungszuschuss für Festangestellte mit Gründung über ein Jahr in Höhe der Sozialversicherungsbeiträge
- Auskunft von Finanz- und Sozialbehörden innerhalb von 48 Stunden
- Förderung der Kommunikation zwischen Mittelstand und Schulen vor Ort. Unterstützung von „Schülerfirmen“ und Mentoring durch Unternehmer



Der Mut zur Umsetzung einer kreativen und innovativen Idee muss belohnt werden. Innovative Köpfe und ihre Start-ups beleben unsere Volkswirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und Wachstum. Noch legen wir Unternehmensgründern zu viele bürokratische Stolpersteine in den Weg. Die Politik muss deshalb das Gründungsklima nachhaltig verbessern. Die Einrichtung einer ‚One Stop Agency‘, eine aktivere Förderung durch Business Angels, und staatliche sowie private Finanzierungsmodelle sind dabei nur einige von vielen dringend notwendigen Ansätzen.

**Dr. Heiner Pollert,
Patentpool Innovations
Management GmbH**



Für unseren mittelständischen Betrieb sind Standortfaktoren wie Kinderbetreuung, vorhandene Gewerbeflächen, Internet- und Verkehrsanbindung von großer Bedeutung. Mit Infrastrukturprogrammen fördert man langfristig und nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vor Ort.

**Jörg Hohn,
Werkzeugschleiferei
M&R GmbH**

STANDORT SICHERN

Infrastruktur modernisieren

Der Mittelstand braucht eine moderne, leistungsfähige öffentliche Infrastruktur. Funktionierende Transportwege, effiziente Verkehrssysteme, leistungsstarke Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie ein attraktives Kulturangebot stellen Schlüsselfaktoren für die Standortentscheidung von Unternehmen und für die Entfaltung ihrer Wirtschaftskraft dar.

Beispiele wie Stuttgart 21 oder der neue Hauptstadt-Flughafen BER zeigen, dass große Infrastrukturprojekte eine besondere Herausforderung darstellen. Frühzeitige Bürgerbeteiligung und eine gründliche Planung sowie realistisch geprüfte Finanzierung sind geboten. Planverfahren, die diesen Kriterien gerecht werden, garantieren eine rechtssichere und zügige Umsetzung von Infrastrukturprojekten.

Unsere Kernforderungen:

- Öffentliche Mittel müssen vorrangig für Investitionen in Infrastruktur und deren Erhalt, und nicht für Transfers verwendet werden. Investitionen bedeuten Aufträge für Handwerk, Bauwirtschaft und andere mittelständisch geprägte Branchen.
- Ausschreibungen sind in mittelstandsgerechte Lose aufzuteilen, sofern dies möglich ist.
- Zwei Drittel aller öffentlichen Aufträge kommen von Kommunen. Deshalb sind die Kommunalfinanzen grundsätzlich zu reformieren. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Leistungen durch eigene Steuereinnahmen zu finanzieren.
- Mischfinanzierungen, auch zwischen Bund und Ländern, sind drastisch zu reduzieren. Öffentliche Mittel müssen dort eingesetzt werden, wo die zu erfüllende Aufgabe liegt. Das Subsidiaritätsprinzip muss durchgesetzt werden.
- Der Abbau von Bürokratie muss auch im Verhältnis der Gebietskörperschaften auf allen Ebenen beschleunigt werden. Reibungsverluste müssen reduziert, Entscheidungen beschleunigt und Umsetzungen im Zeitablauf verkürzt werden.

Der BVMW hat dazu ein Kommunalpolitisches Programm vorgelegt, das der Bedeutung der Städte und Gemeinden für die mittelständische Wirtschaft Rechnung trägt.

www.bvmw.de/kommunalpolitik

INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE

Herzstück statt Sicherheitslücke

Die Nutzung von Informationstechnologie (IT) ermöglicht Unternehmen, neue Märkte zu erschließen und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu erhöhen. Der Bedarf an IT-Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen wächst täglich. IT ist nicht mehr nur ein Werkzeug des Unternehmens sondern häufig dessen Herzstück, ohne dass der Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann.

Auf Gesetzgebungsebene wird der Umgang mit IT zum Beispiel im Bundesdatenschutzgesetz und im Urheberrechtsgesetz aufgegriffen. Die Rechtslage bleibt jedoch für kleine und mittlere Unternehmen unübersichtlich. Die Dienste eines IT-Recht-Experten sind kostspielig und mittelständische Unternehmen haben meist nicht die nötigen Ressourcen, sich eigenständig in diesen juristischen Dschungel einzuarbeiten.

Die Notwendigkeit für IT-Sicherheit und die adäquate Absicherung der Unternehmenswerte müssen in den Köpfen der Unternehmer und der Mitarbeiter verankert werden. Es muss so selbstverständlich sein, bestimmte IT-Sicherheitsstandards einzuhalten, wie jeden Morgen die Wohnungstür abzuschließen.

Unsere Kernforderungen:

- eine mittelstandsfreundliche EU-Datenschutzverordnung zur Wahrung der Rechtsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen
- Vorgaben auf europäischer Ebene zur Interoperabilität und Datenportabilität, damit Produkte vergleichbarer werden und Kunden nicht an einen Dienst gefesselt werden
- Ein zukünftiges EU-Regelwerk zur Einhaltung von Sicherheits- und Datenschutzstandards von Cloud-Computing-Anbietern darf die Arbeit der KMU nicht einschränken und sollte das Wachstum der digitalen Wirtschaft begünstigen.
- Anpassung von Lizenz- und Urheberrechten an die digitale Wirklichkeit
- Eine übersichtliche und lückenlose rechtliche Erfassung aller IT-sicherheitsrelevanten Sachlagen, um bei Käufern und Herstellern Rechtssicherheit zu gewährleisten.
- Gewährleistung einer flächendeckenden Breitbandinternetversorgung bis 2020

Der BVMW setzt sich in dem von der „Task-Force IT-Sicherheit“ des BMWi geförderten Projekts „^[m]IT Sicherheit“ für die Sensibilisierung von KMU zum Thema IT-Sicherheit ein.

www.bvmw.de/mitsicherheit



Der wirtschaftliche Erfolg von Mittelständlern wird stark von der individuellen Fähigkeit des Unternehmens beeinflusst, sich auf die Anforderungen und die Gefahren der sich ständig verändernden IKT einzustellen. Hier gilt es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen fördern.

**Armin Scherger,
travel agency
accounting GmbH**

ZUM BVMW

- der BVMW vertritt zusammen mit seinen Partnerverbänden rund 160.000 Klein- und Mittelbetriebe aller Branchen und Regionen
- die etwa 300 BVMW-Repräsentanten vor Ort verfügen über etwa 600.000 Unternehmerkontakte im Jahr

MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN

- sind 99,7 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Betriebe
- schaffen 66 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze
- stellen 83,2 Prozent der Ausbildungsplätze
- schaffen 51,8 Prozent der Bruttoschöpfung aller Unternehmen

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,
Unternehmerverband Deutschlands e. V.
Mosse Palais
Leipziger Platz 15
10117 Berlin

Tel.: 030-533206-0
Fax: 030-533206-50
E-Mail: info@bvmw.de
www.bvmw.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,
Unternehmerverband Deutschlands e. V.

BVMW-Grundsatzkommission:

Dr. Hans Kremendahl, Eberhard Vogt, Yannick Severin, Matthias Schweiger,
Friederike Zimmermann, Nicole Wägner, Kai Roevenich, Bettina Lengwenat,
Arifé Yildiz LL.M.

Grafik, Layout:

Frithjof Siebert

Fotos:

Seiten 6, 7, 8, 10, 11, 12, 14, 15, 20, 22 – Ekko von Schwichow
Seite 17 – Erich Benz

Copyright:

BVMW – Bundesverband mittelständische Wirtschaft,
Unternehmerverband Deutschlands e. V.
Leipziger Platz 15, 10117 Berlin
Tel.: 030-533206-0, Fax: 030-533206-50, E-Mail: politik@bvmw.de